

Interview mit Patrick Gensing, 28.09.2008

Die NPD fordert eine "Rückführung" der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer. Zudem erkennt die völkische Partei nach eigener Aussage Einbürgerungen nicht an, da man nur Deutscher sein, aber nicht werden könne. Die NPD behauptet, durch die "Rückführung" von Millionen von Menschen würde die Arbeitslosigkeit beseitigt und das Sozialsystem saniert. Was ist von solchen Behauptungen zu halten?

Diese Argumente sind abwegig, dutzendfach widerlegt und nicht verfassungskonform. Sie werden durch stereotype Wiederholung nicht besser. Sie deuten eher darauf hin, daß die Verfasser auf ahnungslose Lesern zielen, die aus den verschiedensten Gründen wütend sind und auf ein Projektionsangebot für ihre Wut warten. Damit wird auf gefährliche Weise an dumpfe, aggressive Emotionen appelliert. Was dabei herauskommen kann, haben wir Anfang der 1990er Jahre und später immer wieder in Deutschland dort erlebt, wo es Tote, Verletzte und psychisch schwer Verunsicherte gab, die Opfer solcher Parolen wurden. Sachkritik ist immer hilfreich; denn es ist ja tatsächlich einiges faul in Sachen Integration und Migration wegen vergangener Versäumnisse. Aber an der Begrenzung der sozialen Folgeschäden dieser Versäumnisse wird doch jetzt tatkräftig gearbeitet und das sollte man nicht vernebeln durch platte Demagogie.

Der Ruf nach einer ‚Rückführung der Ausländer‘ ist nur eine höflich verklausulierte Wiederholung des Kampfrufes ‚Ausländer raus‘, hier im Sinne einer ungeschminkten Aufforderung zur Deportation; denn eine ‚Rückführung‘ von Ausländern gibt es nur bei illegalen Inlandsaufenthalten und bei schweren strafwürdigen Rechtsbrüchen und noch nicht zureichend verfestigtem Aufenthaltsstatus. Willkürliche Abschiebungen gibt es in einem demokratischen Rechtsstaat nicht. Wer das fordert, steht nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Außerdem: Wenn Millionen von ‚Ausländern‘ - zu denen hier scheinbar auch Eingebürgerte und Zuwanderer mit Aufenthaltsrecht, also wohl im weitesten Sinne Menschen mit Migrationshintergrund gezählt werden - tatsächlich Deutschland verlassen würden, würde sich der Arbeitsmarkt ebenso verzerren wie die Altersstruktur, würden Wirtschaft und Sozialsysteme schlagartig zusammenbrechen.

Die NPD und andere völkische Gruppen bauen Ihr gesamtes Gedankenkonstrukt auf dem Begriff Volk auf. Dieses solle möglichst homogen sein, da es sonst untergehe, es entstehe ein "multikultureller Einheitsbrei". Wie beschreibt die Wissenschaft den Begriff Volk? Seit wann ist überhaupt davon die Rede? Was ist von Homogenität in diesem Zusammenhang zu halten?

Die Rede ‚kulturelle Homogenität des deutschen Volkes‘ ist oft eine Fluchtphrase. Dahinter steht das Fremdeln gegenüber der in der Tat ständig zunehmenden interkulturellen Vielfalt. Das sollte man nicht belächeln; denn Deutschland hat sich durch Zuwanderung in der Tat stark

und folgenreich verändert. Im Blick auf diese interkulturelle Entwicklung, ob man sie nun begrüßt oder nicht, ist vieles nicht mehr so, wie es einmal war oder gewesen zu sein scheint.

Aber man sollte sich den historischen Rückblick nicht zu einfach machen: Die Rede von der ‚tausendjährigen deutschen Kultur‘ ist eine völkische Fiktion. Wer sie im Munde führt, sollte sich doch mal ‚zurückbeamen‘ um 1.000 Jahre - er würde dann im Zeitalter der Kreuzzüge landen und sicher wenig Spuren von dem finden, was er heute unter ‚deutscher Kultur‘ versteht. Und auch das ‚Heilige Römische Reich deutscher Nation‘, von dem seit dem 15. Jahrhundert gesprochen wurde, hat mit der im 19. Jahrhundert vor der Reichsgründung ersatzweise vielbesungenen deutschen Nation, mit dem erst 1871 geschaffenen deutschen Nationalstaat und mit dem Staatsvolk in seinen Grenzen ebenso wenig zu tun wie mit dem deutschen Volk in der Bundesrepublik Deutschland heute.

Kultur ist kein Zustand, sondern ein Prozeß. Darin findet jede Zeit ihre eigene Form. Man muß also immer genau hinsehen, was zu welcher Zeit unter ‚Kultur‘, ‚deutsch‘ und ‚Volk‘ verstanden wurde. Die deutsche Kultur wie das deutsche Volk sind Ergebnis der verschiedensten kulturellen Einflüsse in einem Kulturaustausch, aus dem Europa als Kulturregion hervorgegangen ist. Durch Zuwanderung geprägte Zeiten hat es dabei immer wieder gegeben – und viele dieser Zeiten kannten die Angst vor der damit verbundenen Veränderung und die Idealisierung erträumter vergangener Zustände. Die aber waren in Wirklichkeit meist nur ersehnte Traumbilder im Gegenentwurf zu einer schwarz in schwarz gemalten Gegenwart und gefürchteten Zukunft. Wenn aber diese Zukunft später erlebte Gegenwart geworden war und andere Wanderungsbewegungen ins Land kamen, dann erschienen die seinerzeit beklagten, inzwischen Geschichte gewordenen Migrations- und Integrationsprobleme oft in harmonischen Farben als neue Gegenbilder zu den dann wieder als viel düsterer erlebten Migrations- und Integrationsverhältnissen. Solche Erfahrungswechsel kennen die meisten Einwanderungsländer.

Medien und demokratische Parteien sprechen über Migranten hauptsächlich im Zusammenhang mit negativ besetzten Themen: Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Fundamentalismus. Welche Auswirkungen hat das auf die Migranten und auf das Bild auf Migranten?

Das ist sachlich überzogen und für den Integrationsprozeß kontraproduktiv, denn es ist ein Beitrag zur gegenseitigen Abgrenzung in der Einwanderungsgesellschaft. Integration ist aber, wie ich das vor Jahrzehnten einmal in einem einer heute zur stehenden Redewendung gewordenen Formulierung gesagt habe, ‚keine Einbahnstraße‘. Sie verändert beide Seiten, auch wenn die Anpassungsleistung bei den Einwanderern selbstverständlich unvergleichbar höher ist. Integration ist aber auch keine fröhliche Rutschbahn in ein buntes Paradies, sondern ein mitunter anstrengender Lernprozeß für beide Seiten. Er kann in den Lebensformen mit Gewinnerfahrungen, aber eben auch Verlufterfahrungen verbunden sein. Wer diesen Lernprozeß verweigert

und mit einem unhistorischen, statischen Gesellschaftsbild lebt, kann leicht zum Feind von Einwanderung und Einwanderern werden.

Wir brauchen einen selbstbewussten und pragmatischen Umgang mit diesen Fragen. Die klassischen Einwanderungsländern verstehen Einwanderung als Hilfe von außen, die man durch entsprechende Steuerungssysteme erfolgreich gestaltet. Das gilt aber auch für moderne Einwanderungsländer wie England, wo man gerade das Punktesystem eingeführt hat. In Deutschland gilt Einwanderung nach wie vor weithin als eine Bedrohung von außen, die im Inneren vorzugsweise soziale Probleme verursacht. Soziale Probleme, die es tatsächlich in diesem Bereich gibt, sind aber nicht das Ergebnis von Zuwanderung als solcher, sondern die Quittung für jahrzehntelange eklatante Mängel in Zuwanderungssteuerung und Integrationsförderung.

Inwieweit denken konservative Kreise noch immer in völkischen Kategorien, so wie es Sebastian Edathy der Union vorgeworfen hatte? Welchen Einfluss hat dieses mögliche völkische Denken auf den öffentlichen Diskurs?

Ich habe seinerzeit vor dem verbreiteten, mit der grundlegenden Veränderung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 1990 verbundenen Optimismus gewarnt: Gesetze ändern die Mentalitäten nicht. Das ist ein langer Prozeß. Viele Menschen sind in der Realität des Einwanderungslandes noch nicht angekommen. Sie denken noch in ethno-nationalen Kategorien nach dem Motto: Deutscher kann man nur sein, aber nicht werden. Das aber war auch schon vor der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts falsch.

Welche Vorteile hätte die Bundesrepublik von einer modernen, offenen Zuwanderungspolitik?

Nach meinem seit vielen Jahren vorgetragenen, inzwischen auch von verschiedenen Parteien und zuletzt auch von der Friedrich Ebert-Stiftung übernommenen Vorschlag brauchen wir eine migrationspolitische Kombi-Lösung: Sie besteht aus zwei Komponenten: Einerseits ein kriteriengestütztes, über dieser Kriterien veränderbares, also flexibles Punktesystem und andererseits eine gleichermaßen flexible Engpaßdiagnose am Arbeitsmarkt, über die die Zulassung gesteuert werden kann. Das wäre ein System mit doppelt flexibler, nämlich qualitativer und quantitativer Steuerungskapazität, vor dem sich niemand zu fürchten braucht.

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann es eingeführt wird, in welcher konkreten Form auch immer: Das Punktesystem stand schon im Zuwanderungsgesetz, wurde dann aber übereilt und verängstigt wieder gestrichen, statt noch einmal gründlich über die damit verbundenen Chancen nachzudenken. Gäbe es das Punktesystem seit 2005, dann hätten wir nicht so international blamable Zahlen bei der Zuwanderung von Hochqualifizierten.

Die ‚Engpaßdiagnose‘ wurde vom Zuwanderungsrat 2004 vorgeschlagen, von der verschreckten Politik aber als migratorischer Weltuntergang verstanden und erst mal mit der Versenkung des Zuwanderungsrates quittiert. Heute, nur vier Jahre später, wird diese zweite Komponente des Steuerungssystems stillschweigend von der Bundesregierung übernommen - mit einem etwas anderen Etikett, nämlich als ‚Engpaßanalyse‘. Das ist ein Schritt voran, aber nur mit einem Bein, das zweite fehlt nach wie vor und wird durch kleinteilige Krücken ersetzt.

Die Vorteile einer flexiblen Zuwanderungssteuerung liegen auf der Hand: Einerseits brauchen wir Zuwanderung mit dem richtigen beruflich-sozialen Profil, um die sich dramatisch verstärkenden Folgen des demographischen Wandels für die Sozialsysteme noch ein wenig abzufedern, genauer gesagt, um Zeit für die überfälligen Reformen zu finden, im kurzen milden, schon wieder verblaßten Licht der Konjunktur eingeschlafen sind. Mehr ist ohnehin nicht zu erreichen, denn den demographischen Wandel selber kann man mit Zuwanderung nicht balancieren. Wenn wir aber keine Wanderungsgewinne und stattdessen nur noch ausgeglichene oder sogar negative Wanderungsbilanzen haben, dann steigt um so mehr dieser Reformdruck. Konkret: Wenn demnächst die starken Jahrgänge zunehmend das Rentenalter erreichen, schnappt die demographische Falle in der Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung zu und kann dann nur noch durch migratorische Hilfe von außen etwas aufgestemmt werden. Dann wird man in der politischen Planung vielleicht, ganz überrascht, von der Notwendigkeit eines ‚demographischen Nachholfaktors‘ bei der Rentengestaltung reden oder sogar so etwas wie ein ‚Demo-Soli‘ einführen – als wäre nie vor dieser Situation gewarnt worden.

Hinzu kommt das Problem des ‚Brain drain‘ im Blick auf die Ab- und Auswanderung von Qualifizierten und Hochqualifizierten, das viele europäische Länder kennen, auch die Engländer und Franzosen. Aber andere europäische Länder tun mehr dagegen im Sinne gezielter Zuwanderungsförderung, von den Engländern mit ihrem neuen Punktesystem bis zu den Skandinaviern mit ihrer Abwandererwerbung auch in Deutschland. Die Deutschen beschränken sich eher darauf, die Folgen schön zu rechnen bzw. sich z.B. damit zu trösten, daß doch schätzungsweise 20-50 Prozent der deutschen Abwanderer innerhalb von 5 Jahren zurückkehren. Und was ist mit den anderen 50 bis 80 Prozent? Außerdem ist doch bekannt, daß die Qualifikationsstruktur der Abwandernden derjenigen der aus dem Ausland neu Zuwandernden bei weitem überlegen ist. Das kann man nur durch Zuwanderungssteuerung mit Anreizsystemen ändern.

Und auch das wird nicht genügen; denn die Gründe, die Hochqualifizierte in einer Jahr für Jahr steigenden Zahl veranlassen, Deutschland den Rücken zu kehren, sind, wie Umfragen zeigen, die gleichen, die viele ausländische Hochqualifizierte veranlassen, einen Bogen um Deutschland zu machen; abgesehen einmal von Studenten, Wissenschaftlern und außeruniversitären Forschern, für die Sonderregelungen gelten.

Das gilt nicht etwa nur für das viel beklagte Missverhältnis von Leistung und Entgelt für Ärzte unter dem deutschen Kassendiktat oder Krankenhausstress. Wir müssen auch selbstkritisch nachdenken über unser dschungelartiges Steuersystem, das Leistung auf allen Ebenen bestraft und die Nation zu einem Volk von Kleinkriminellen macht; über soziale Sicherungssysteme am Arbeitsmarkt, die Arbeitslosigkeit prämiieren und die Eigeninitiative von Arbeitslosen durch Abgabeverordnungen entmutigen, statt sie großzügig zu fördern; über unser ungerechtes Schulsystem, in dem sich soziale Startnachteile stärker vererben als in jedem anderen europäischen Land; über die viel beklagten mangelhaften Entfaltungsmöglichkeiten, die allgemeine Überregulierung des Lebens, über die deutsche Neidkultur und jenen latent depressiven Schleier, den viele Deutsche über sich breiten mit ihrem Gejammer auf hohem Niveau; ganz abgesehen von den vierschrötigen ausländerfeindlichen Halbidioten, die den Ruf Deutschlands als Zuwanderungsland im Ausland ruinieren und nachweislich Hochqualifizierte davon abhalten nach Deutschland zu kommen, wenn sie oder ihre Lebenspartner anders aussehen als die vermeintlichen Ur- oder Biodeutschen.